Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 10. Juni 2010
Ausgabe 107

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Der Solarenergie in München neue Dynamik verleihen 4
› Gehäuftes Auftreten von Masern in München: Impfschutz überprüfen 8
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 11 9
› Stadtgeschichtlicher Workshop für Jugendliche am NS-Dokumentationszentrum 11
› Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Lernen von Pjöngjang" 12
› Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München 13
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 13
› Kranzniederlegung zum Todestag von König Ludwig II. 13
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Darstellung der Einkommenssituation der Mieter von geförderten Neubauwohnungen in den Jahren 2007 bis 2009 im Vergleich zur Einkommenssituation der Mieter von älteren Sozialwohnungen des 1. Förderwegs bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG und GWG 14
› Großmarkthallenplanung stockt 18

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **19**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 11. Juni, 10 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude informiert im Rahmen einer Pressekonferenz als Aufsichtsratsvorsitzender der GWG München gemeinsam mit den GWG-Geschäftsführern Dietmar Bock und Hans-Otto Kraus über das Jahresergebnis 2009, aktuelle Projekte und die weiteren Planungen der GWG München.

Wiederholung
Freitag, 11. Juni, 11.30 Uhr, Kleiner Sitzungssaal des Rathauses
Das Bündnis „München sozial – wir halten die Stadt zusammen" überreicht Oberbürgermeister Christian Ude das Qualitätssiegel „Soziale Stadt München". Das Bündnis, in dem sich mehr als 50 Akteure des Sozialbereichs zusammengeschlossen haben, würdigt damit den hohen Leistungsstandard der Stadt im Bemühen um soziale Gerechtigkeit in München.

Wiederholung
Freitag, 11. Juni, 19.30 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, Sammlung Musik, St.-Jakobs-Platz 1
Eröffnung der Ausstellung „Zeitgenössische Streichinstrumente und Bögen von Münchner Geigen- und Bogenmachern zum Anfassen" und Eröffnungskonzert zu den Münchner Geigentagen 2010. Es sprechen Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, und Dr. Andras Varsanyi, Leiter der Sammlung Musik.

Achtung Redaktionen: Termin entfällt
Montag, 14. Juni, 12 Uhr, Kaulbachstraße 65
Stadtrat Marian Offman (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Irma Putziger im Namen der Stadt zum 103. Geburtstag.

Dienstag, 15. Juni, 11 Uhr, Grützner stube im Rathaus
Pressekonferenz zur Vorstellung der neuen Broschüre „Grab- und Natursteine fair einkaufen – ausbeuterische Kinderarbeit verhindern" mit Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, dem XertifiX-Vorsitzenden und ehemaligen Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm und Ralf Merk, Geschäftsführer der Steinmetz-Innung München-Oberbayern. Nor-

bert Blüm, der sich im Verein XertifiX für den Verkauf von so genannten sauberen und fairen Grabsteinen und gegen Kinderarbeit engagiert, folgt damit einer Einladung von Joachim Lorenz und Ralf Merk. Die neue Broschüre soll Münchnerinnen und Münchnern als Leitfaden dienen, bewusst Grab- und Natursteine einzukaufen, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden. Aufgelegt wurde das Heft, an dem sechs Kooperationspartner beteiligt sind, auf Initiative des Referats für Gesundheit und Umwelt sowie der Steinmetz-Innung München-Oberbayern.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 17. Juni, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Rupert in der Gollierstraße 61
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Versammlung informieren Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Stadtrat, und Ludwig Wörner, Bezirksausschussvorsitzender, über den Stadtbezirk. Die Leitung der Versammlung übernimmt der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Stadtrat, Josef Schmid.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Ludwig Wörner. Die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege steht ebenso ab 18 Uhr Bürgerinnen und Bürgern für Fragen zur Verfügung.

Donnerstag, 17. Juni, 15 bis 17 Uhr,
Neuhausen-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Donnerstag, 17. Juni, 19.30 Uhr,
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit der Vorsitzenden Dr. Stephanie Hentschel statt.

Meldungen

Der Solarenergie in München neue Dynamik verleihen
(10.6.2010) Auf einem Pressegespräch präsentierten Oberbürgermeister Christian Ude und die Initiatorin des Projekts, Stadträtin Sabine Nallinger, die „Solarinitiative München (SIM) – München solar durchDacht" auf der Intersolar in der Messe München.
Die „SIM – München solar durchDacht" ist ein Beitrag zur Energiestrategie der Landeshauptstadt, möglichst schnell Münchens Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Das Ziel der SIM: Eine Vervielfachung von Solarstrom, der in der Stadt selber erzeugt wird. Die SIM wird dazu die Münchner Wirtschaft sowie die Münchner Bürgerinnen und Bürger motivieren, ihre Dächer zur Verfügung zu stellen und in Solardächer zu investieren. Dabei wird sie gezielt bestehende Hemmnisse aufgreifen und versuchen, innovative Lösungen zu finden, um das bestehende große Potenzial auch möglichst umfassend ausschöpfen zu können. Dass genügend Potenzial in München vorhanden ist, hat eine Machbarkeitsstudie gezeigt. Jetzt geht es an die Umsetzung. Demnächst fällt der Startschuss für die Gründung der Gesellschaft.
Neben der Landeshauptstadt München und den SWM werden nun weitere Partner aus der Münchner Wirtschaft gesucht, um gemeinsam der Nutzung der Solarenergie in München neue Dynamik zu verleihen.
100 Prozent Erneuerbare Energien für München
Die Notwendigkeit, fossile und nukleare Energieträger zu ersetzen, ist unbestritten und heute dringender denn je. Die Stadtwerke München haben sich auf Initiative des rot-grünen Rathausbündnisses das ehrgeizige Ziel

gesetzt, bis 2015 soviel Ökostrom in eigenen Anlagen zu erzeugen, dass damit alle Münchner Privathaushalte versorgt werden könnten. Bis 2025 sollen die SWM sogar soviel grünen Strom produzieren, dass sie den gesamten Münchner Bedarf decken könnten: 7,5 Milliarden Kilowattstunden. Damit setzt sich München an die Spitze und wäre die erste deutsche Großstadt, die diese Ziele erfüllt. Hierbei liegt der Fokus vor allem auf Großprojekten wie Offshore-Windenergieanlagen in der Nordsee oder Solarkraftwerken in Südspanien.

Lokales Potenzial nutzen

Da jedoch 80 Prozent der Energie in Ballungsräumen verbraucht wird, sollte auch vor Ort in den Städten ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Die Übereinstimmung von Verbrauchs- und Erzeugungsort schärft das Bewusstsein für die Problematik und stellt darüber hinaus eine technisch sinnvolle Lösung dar. Die lokale Erzeugung von Erneuerbarer Energie ist deshalb ein wertvoller Bestandteil einer umfassenden Strategie auf dem Weg zu 100 Prozent Erneuerbare Energie.

Zur lokalen Erzeugung ist die Photovoltaik (PV) in nahezu idealer Weise geeignet. Sie ist in jeder Größenordnung sinnvoll, vollkommen emissionsfrei und fügt sich sehr gut in das Verbrauchsprofil von Ballungsräumen ein. Insbesondere in Bayern ist die Photovoltaik durch die guten geographischen Rahmenbedingungen, wie z.B. Sonnenscheindauer, heute schon die am weitesten verbreitete alternative Energiequelle. In München strahlt die Sonne durchschnittlich 1.800 Stunden pro Jahr mit einer Energie von zirka 1.100 kWh/Quadratmeter.

Die Nutzung der Sonnenenergie boomt gerade im ländlichen Bereich. In den Ballungsräumen zeigt sich derzeit noch immer ein deutliches Marktversagen vor allem aufgrund der komplizierten Besitzstruktur der Immobilien. Die SIM will jetzt am Beispiel München zeigen, dass auch in Ballungsräumen eine Erzeugung mittels Erneuerbarer Energie in erheblichem Umfang möglich ist.

Hemmnisse überwinden

Derzeit scheitert ein zügiger Ausbau der Photovoltaik trotz immer noch lukrativer Einspeisevergütung und günstiger Modulpreise oftmals daran, dass

- die Dachbesitzer über die Möglichkeit und Wirtschaftlichkeit von PV-Anlagen schlecht informiert sind,
- die Dacheignung und Dachstatik nicht bekannt sind,
- die Dachbesitzer mit der Technik und dem Know-how zur Umsetzung überfordert sind,
- die Finanzierung gerade seit der Finanzkrise oft nicht gesichert ist,
- eine 20-jährige Bindung abschreckt,

- komplizierte Eigentumsverhältnisse (Zwang zur Einstimmigkeit bei Eigentümerverhältnissen) Investitionen blockieren,
- Besitzer von großen Dächern derzeit nicht die maßgeschneiderten Dienstleistungen vorfinden, die sie für Investitionsentscheidungen benötigen, die nicht zu ihrem Kerngeschäft gehören,
- Denkmalschutz und Ästhetik Mehrkosten verursachen bzw. eine Investition gänzlich unmöglich machen.

Neben der Geschäftstätigkeit wird es eine wichtige Aufgabe der SIM wird sein, diese Hemmnisse im Rahmen eines Fachbeirats zu thematisieren und so weit wie möglich zu beseitigen.

Machbarkeitsstudie für München

Im Auftrag der Stadtsparkasse wurde eine Machbarkeitsstudie vergeben, die Aufschluss darüber geben sollte, ob eine Solarinitiative wirtschaftlich darstellbar ist und wie sie ausgestaltet werden kann. Mit der Durchführung der Studie wurde die Anbietergemeinschaft K.GROUP, Ludwig-Bölkow-Systemtechnik und Zirngibl Langwieser beauftragt.

Die Machbarkeitsstudie hat nun bestätigt, dass eine Gesellschaft zur Erschließung des solaren Potenzials zur Stromproduktion für München sinnvoll und auch vor dem Hintergrund der geplanten Verschärfung der EEG-Einspeisevergütung wirtschaftlich darstellbar ist.

Waren Ende 2009 nach Angaben der SWM in München 1.954 PV-Anlagen mit Netzeinspeisung installiert und erzeugten eine Gesamtleistung von 20,9 Megawatt-Peak, so kommen die Gutachter bei ihrer eher konservativ berechneten Potenzialanalyse zu dem Ergebnis, dass mit Hilfe der SIM ein Potenzial von 300 MWp ausgeschöpft werden könnte. 15-mal mehr kann die SIM also erreichen. Dies bedeutet unter idealen Bedingungen zur Mittagszeit 30 Prozent des Stromverbrauchs. Im Jahresmittel ergäben sich daraus 3,5 Prozent des Gesamtstrombedarfs.

Das technisch machbare Potenzial in München sieht die Studie sogar bei 695 MWp, was 695 Millionen kWh/a an Ertrag bedeuten und einem Anteil von 9,2 Prozent am Münchner Verbrauch entsprechen würde.

Geschäftsmodell

Die SIM soll eine rechtlich selbständige Gesellschaft mit einer Minderheitenbeteiligung der Landeshauptstadt München sein. Als mögliches Geschäftsmodell hat sich die Variante „flächenakquirierender Geschäftsentwickler" herauskristallisiert. Nach diesem Modell gehören zu den Aufgaben der SIM neben Information und Beratung vor allem die proaktive Anwerbung von Dachflächen jeder Größenordnung. Dachflächenbesitzer werden durch eigens auf sie zugeschnittene Dienstleistungen motiviert, ihre Flächen zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich steuert die Initiative die Planung und Realisierung der Anlagen, ohne jedoch eigene operative Ressour-

cen aufzubauen. Hierfür werden lokale Unternehmen aus den Bereichen Planung/Projektierung und Montage/Wartung beauftragt. Die SIM übernimmt die Koordinierung und eine qualitätssichernde Funktion.
Nicht zuletzt wird das Engagement der Stadt in der SIM auch dazu beitragen, innerhalb der Stadtverwaltung den Stellenwert der Förderung von Photovoltaikanlagen positiv zu verändern und Verwaltungsabläufe zu beschleunigen.
Finanzkräftige Gesellschafter liefern das benötigte Eigenkapital und tragen auch das gesamte Risiko. In den meisten Fällen soll die SIM die Solaranlagen nicht im Eigentum behalten, sondern durch Veräußerung an Solarfonds refinanzieren, an welchen sich wiederum Bürgerinnen und Bürger wie auch Investoren beteiligen können.

Gründung der Gesellschaft

Am 11. Mai hat der Münchner Stadtrat der Gründung der Solarinitiative München nahezu einstimmig zugestimmt. Die Gesellschaftsgründung soll möglichst noch vor der Sommerpause erfolgen. Erste Gespräche mit Vertretern von großen Münchner Unternehmen aus der Privatwirtschaft liefen äußerst erfreulich und die Unternehmen zeigten durchweg ernsthaftes Interesse, sich hier aktiv zu beteiligen. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, im Dialog mit den Unternehmen ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln. Auch die Stadtwerke München wollen sich engagieren.
Die SIM will jedoch auch kleinere Unternehmen als Gesellschafter gewinnen. Ebenso sollen Kleinanleger und Besitzer kleiner Flächen mitmachen und vom Ausbau der Solarenergie profitieren. Dacheigentümer, Privatpersonen und Unternehmen sollen dazu motiviert werden, ihre Dächer an die SIM zu verpachten oder in Solardächer zu investieren.

Positive Effekte für die Münchner Wirtschaft

Die Solarinitiative hat auch einen weiteren positiven Effekt: Die Münchner Wirtschaft, insbesondere das Handwerk, erfährt einen starken Impuls durch die notwendigen Planungs- und Installationsleistungen, welche überwiegend durch die örtlichen Betriebe durchgeführt werden sollen. Die Machbarkeitsstudie schätzt – auch hier wieder sehr konservativ – die Investition auf rund 450 Millionen Euro bis 2030. Durch die Vergütung nach dem EEG werden mehr als 500 Millionen Euro zurückfließen.
Oberbürgermeister Christian Ude: „München steuert im Energiebereich um wie keine andere Großstadt: Die SWM werden bis 2025 grünen Strom in einer Menge von 7,5 Milliarden KWh – Münchens gesamter Stromverbrauch – selber erzeugen, vornehmlich mit Windenergie- und Solaranlagen, die verteilt sind auf Nordsee, Irische See, Südspanien und halb Deutschland. Die Anstrengungen der Stadtwerke sind enorm und einzigartig.

Mit der SIM gehen wir jetzt den nächsten Schritt: Wir wollen damit beträchtlich den Anteil von ökologisch erzeugtem Strom direkt hier in München steigern und damit unabhängiger vom Energietransport und von der jeweiligen Lage vor Ort werden. Sicher: Gemessen an Münchens Gesamtverbrauch entspricht das einem Anteil von drei bis fünf Prozent. Aber zur Energiewende bedarf es eben vieler Schritte. Und dies wollen wir nicht alleine tun, sondern gemeinsam mit Münchner Unternehmen, mit dem Handwerk und den Bürgerinnen und Bürgern."
Sabine Nallinger: „Wie notwendig der Umbau unserer Energieerzeugung ist, das wird uns gerade wieder durch die Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko vor Augen geführt. Wir müssen weg vom Öl – und natürlich weg von der Atomenergie – und hin zu regenerativen Energieträgern wie Sonne und Wind. Dabei kommt es nicht zuletzt auf die Ausschöpfung des lokalen Potenzials an. Das ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zur umweltfreundlichen Energieerzeugung, es ist auch ein nennenswerter Beitrag zur Energiesicherheit: Wir sind weniger abhängig von nicht beeinflussbaren politischen, technischen und wirtschaftlichen Faktoren.
Durch lokale Energieerzeugung bleibt außerdem ein großer Teil der Wertschöpfung in der Region. Die Münchner Bürgerinnen und Bürger können einen sichtbaren und messbaren Beitrag zum Klimaschutz leisten, denn selbst Kleinstanleger sollten sich das sichere Investment leisten können. So kann die SIM in idealer Weise wirtschaftliche, ökologische und finanzielle Vorteile bündeln."
Als erste Anlaufstation für alle, die sich informieren oder an der SIM beteiligen wollen, wurde bereits eine E-Mail-Adresse eingerichtet: SIM@muenchen.de

Gehäuftes Auftreten von Masern in München: Impfschutz überprüfen
(10.6.2010) Sieben Erwachsene und drei Kinder in München sind an Masern erkrankt. Die zehn Fälle sind innerhalb einer Woche bekannt geworden und dürften in einem Zusammenhang stehen. Der erste Fall wurde am Dienstag, 1. Juni, gemeldet. Um eine weitere Ausbreitung von Masern zu verhindern, informiert das Referat für Gesundheit und Umwelt die Münchner Bevölkerung und empfiehlt eine Impfung:
Bei Masern handelt es sich nicht – wie irrtümlich oft angenommen – um eine harmlose Kinderkrankheit. Sie können bei Erwachsenen und insbesondere bei vulnerablen Personen, beispielsweise Frauen in der Schwangerschaft, Immungeschwächten oder an chronischen Krankheiten leidenden Menschen einen schweren Verlauf nehmen. Gleiches gilt für Kinder, speziell für Neugeborene einer nicht gegen Masern immunen Mutter. Trotz abgeklungener Masernerkrankung ist das Abwehrsystem für etwa sechs

Wochen geschwächt. Komplikationen können dann vor allem durch bakterielle Infektionen auftreten, darunter Erkrankungen wie eine Mittelohrentzündung, Bronchitis, Kehlkopfentzündung, Lungenentzündung und Durchfälle. Sehr selten kann es auch zu einer Gehirnentzündung kommen, die bleibende Schäden verursachen kann. Eine von 10.000 bis 20.000 Masernerkrankungen in Deutschland verläuft tödlich, in so genannten Dritte-Welt-Ländern ist es eine von zehn.
Masern sind hoch ansteckend und werden durch eine Tröpfcheninfektion verbreitet. Die Empfänglichkeit beträgt bei Ungeschützten fast hundert Prozent. Zwischen Ansteckung und dem Ausbruch der Erkrankung liegen sieben bis 18 Tage.
Typischerweise beginnt die Erkrankung mit katharralischen Krankheitszeichen wie Husten oder Schnupfen mit Bindehautentzündung und Fieber. In dieser Phase können auch weiße kalkspritzerartige Flecken an der Wangenmundschleimhaut beobachtet werden. Erst zwischen dritten bis siebten Tag entwickelt sich der für Masern typische kleinfleckige, später ineinander verfließende Ausschlag. Er beginnt im Gesicht und hinter den Ohren. Ansteckend sind an Masern Erkrankte bereits ab dem fünften Tag vor Beginn des Ausschlags bis einschließlich dem fünften Tag nach Beginn des Ausschlags – meist also ein bis zwei Tage bevor überhaupt irgendein Krankheitszeichen aufgetreten ist.
Da es sich zwar um eine hoch ansteckende, aber durch Impfung vermeidbare Krankheit handelt, empfiehlt das Referat für Gesundheit und Umwelt Münchner Bürgerinnen und Bürgern dringend, ihren Impfschutz vom Hausarzt/der Hausärztin überprüfen und gegebenenfalls ergänzen zu lassen. Eine sicher durchgemachte Masernerkrankung als Kind oder Erwachsene/Erwachsener oder zwei Masernimpfungen bedeuten einen wirkungsvollen lebenslangen Schutz.
Wer Symptome, die auf Masern hinweisen, an sich oder seinem Kind bemerkt, sollte nach telefonischer Vorabinformation sofort einen Hausarzt oder eine Hausärztin aufsuchen. Weitere Informationen gibt es beim Sachgebiet Infektionsschutz der Abteilung Gesundheitsschutz im Referat für Gesundheit und Umwelt telefonisch unter 2 33-4 78 09.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 11

(10.6.2010) In Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 11 (Milbertshofen - Am Hart) lädt Oberbürgermeister Christian Ude am Donnerstag, 24. Juni, 19 Uhr, in die Aula der Grundschule am Hildegard-von-Bingen-Anger 4, 80937 München, zu einer Bürgerversammlung des 11. Stadtbezirkes ein.

Zu Beginn der Versammlung informieren Oberbürgermeister Christian Ude und Antonie Thomsen, Bezirksausschussvorsitzende, über den Stadtbezirk.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Oberbürgermeister Christian Ude.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Versorgung mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen, Neubauten Moosacher Straße 9 und 11 a
2. neues Gymnasium im 11. Stadtbezirk/Standort ehemalige Kronprinz-Rupprecht-Kaserne, Planungsstand BOS/FOS auf der Nordheide
3. Spiel- und Begegnungszentrum Buhlstraße – Neubau fertiggestellt
   Planungen Abriss Neubau FZT Harthof
   Bezirkssportanlage Wegenerstraße – Modernisierung der Freisportflächen
4. Aktionstag der Gewerbetreibenden
   Nahversorgung im 11. Stadtbezirk
5. ÖPNV: Fahrplanwechsel Dezember 2010 der MVG,
   Änderung im Busnetz
   Verkehrskonzept München Nord/Neuer Sachstand
6. Entwicklung Olympiapark, neue kleine Olympiahalle, Hotelneubau, Bewerbung Olympische Winterspiele 2018
   Entwicklung Gelände Knorrbremse AG an der Moosacher Straße: Bürohochhaus, Hotelneubau
   Erweiterung Forschungszentrum der BMW Group, ehemalige Kronprinz-Rupprecht-Kaserne
7. Stadtwerke München, Baumaßnahmen 2. Halbjahr 2010

Alle Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Nord der Bezirksausschüsse 9, 10 und 24, Ehrenbreitsteiner Straße 28 b, 80993 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der

Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Antonie Thomsen. Die Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege steht ebenso ab 18 Uhr Bürgerinnen und Bürgern für Fragen zur Verfügung.

Stadtgeschichtlicher Workshop für Jugendliche am NS-Dokumentationszentrum

(10.6.2010) Unter dem Motto „Zeige Deine Stadt!" bietet das NS-Dokumentationszentrum München in diesem Sommer einen stadtgeschichtlichen Workshop für Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren an. Wer sich für Geschichte interessiert und mehr über das NS-Regime und dessen Nachwirkungen in München lernen möchte, ist herzlich eingeladen, sich für die Teilnahme an dem kostenlosen Workshop zu bewerben. Im Rahmen des Workshops, der im Juli beginnt, wird ein thematischer Stadtrundgang erarbeitet werden: Er wird zu bedeutsamen Orten in München führen, die an die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus und an den Holocaust erinnern. Welche und wessen Geschichten erzählen Mahnmale und Gedenktafeln? Welche Aspekte finden dabei besondere Beachtung und welche werden womöglich ausgeblendet? Wo sind Gedenkorte im Stadtbild sichtbar und wo sind sie es nicht? Diesen und anderen spannenden Fragen können die Jugendlichen gemeinsam mit den Mitarbeitern des NS-Dokumentationszentrums nachgehen. Die Stationen und Inhalte des Rundgangs werden von den Jugendlichen aktiv erforscht und mitgestaltet. Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen die Jugendlichen der Öffentlichkeit im Herbst selbst präsentieren, indem sie Bürgerinnen und Bürger zu den von ihnen ausgewählten Orten begleiten. Das pädagogische Konzept dieses Angebots orientiert sich an einem im Jahr 2008 erfolgreich realisierten Pilotprojekt des NS-Dokumentationszentrums.

Die genauen Termine des kostenlosen Workshops, für den insgesamt vier Seminartage vorgesehen sind, werden in einer Vorbesprechung im Juli mit

den maximal 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops gemeinsam festgelegt.
Anmeldungen sind bis zum 30. Juni 2010 bei Sabine Brantl und Thomas Rink vom NS-Dokumentationszentrum (*sabine.brantl@muenchen.de, thomas.rink@muenchen.de,* Fax 2 33-2 89 77) möglich. Fragen zu dem Projekt werden unter der Telefonnummer 2 33-2 44 34 gerne beantwortet. Informationen zum NS-Dokumentationszentrum sind unter *www.ns-dokumentationszentrum-muenchen.de* ersichtlich.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Lernen von Pjöngjang"
(10.6.2010) Mit dem Ausstellungs- und Veranstaltungsprojekt „Lernen von Pjöngjang" startet der Städtische Kunstraum lothringer13/laden im Juni in den Sommer und beteiligt sich im Juli an der 5. Münchner Architekturwoche.
Für „Lernen von Pjöngjang" erarbeitete Arno Brandlhuber, Architekturprofessor an der Nürnberger Kunstakademie, gemeinsam mit dem Fotografen Martin Eberle und dem DJ und Musiker Stefan Schneider (Kreidler, To Rococo Rot, Mapstation) eine dokumentarische Installation zur Lebenswirklichkeit in der nordkoreanischen Hauptstadt und zur Rolle der Architektur für die Repräsentation des Regimes. Die künstlerischen Beiträge der beiden Münchner Fabian Hesse und Robert Stark sowie der Video- und Installationskünstlerin Ulla von Brandenburg, Teilnehmerin der Biennale von Venedig 2009, zur Ausstellung greifen das Thema auf und führen es weiter.
Im Rahmen der 5. Münchner Architekturwoche (16. bis 24. Juli) finden in Kooperation mit den „urbanauten" zwei Debattenabende mit dem Geografen und Politikwissenschaftler Martin Klamt, Humboldt-Universität Berlin, (am 22. Juli) und dem Münchner Kunstkritiker Dr. Heinz Schütz (am 23. Juli) sowie eine Führung durch das ehemalige NS-Parteizentrum am Königsplatz mit Dr. Iris Lauterbach, Zentralinstitut für Kunstgeschichte, (am 16. Juli) statt. Weitere Veranstaltungen werden kurzfristig angekündigt.
Zur Eröffnung der Ausstellung „Lernen von Pjöngjang" am Montag, 14. Juni, 20 Uhr, sprechen Christian Posthofen, Geschäftsführer der Buchhandlung Walther König, und Arno Brandlhuber. Von 18 bis 20 Uhr findet ein öffentliches Seminar „Zur Lesbarkeit der Raumproduktion in Nordkorea" in Zusammenarbeit mit der Kunstakademie Nürnberg statt. Die Ausstellung ist vom Donnerstag, 17. Juni, bis Samstag, 24. Juli, donnerstags, freitags und samstags von 16 bis 19 Uhr im lothringer13/laden, Lothringer Straße 13, zu besichtigen. Während der Münchner Architekturwoche

vom 16. bis 24. Juli ist die Ausstellung täglich von 16 bis 19 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt zur Ausstellung und zu den Veranstaltungen ist frei. Nähere Informationen sind unter *www.lothringer13.de/laden* ersichtlich.

Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München
(10.6.2010) Am Dienstag, 15. Juni, berichtet Brigitte Schmidt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München unter dem Titel „Die Judaica-Sammlung des Stadtarchvis München" über die Sammlungsbestände und ihre Auswertungsmöglichkeiten. Die Veranstaltung beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei.

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum
(10.6.2010) Im Turmstüberl (so genanntes Volkssänger-Stüberl) des Valentin-Karlstadt-Musäums (Tal 50) findet am Montag, 14. Juni, von 16.30 bis 17.30 Uhr unter der Leitung von Eva Becher (Kulturreferat) das monatliche offene Singen mit „Ich hab meine Tante geschlachtet-Geschichten aus München" von Frank Wedekind und anderen aus dem Münchner Liederbuch statt. Alle Sangesfreudigen sind herzlich eingeladen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro, das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden. Im Turmstüberl gibt es Bewirtung durch Petra Perle. Nähere Infos auch unter *www.valentin-musaeum.de*.
Das monatliche „Turmsingen" im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Kranzniederlegung zum Todestag von König Ludwig II.
(10.6.2010) Zum 124. Todestag von König Ludwig II. legt die Landeshauptstadt München am Sonntag, 13. Juni, an seinem Sarkophag in der St.-Michaels-Kirche einen Kranz mit Stadtschleife nieder.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 10. Juni 2010

Darstellung der Einkommenssituation der Mieter von geförderten Neubauwohnungen in den Jahren 2007 bis 2009 im Vergleich zur Einkommenssituation der Mieter von älteren Sozialwohnungen des 1. Förderwegs bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG und GWG
Anfrage Stadtrat Dr. Michael Mattar (FDP) vom 3.5.2010

Antwort Sozialreferent Friedrich Graffe:

In Ihrer Schriftlichen Anfrage vom 03.05.2010 bitten Sie um Darstellung der Einkommenssituation der Mieter von geförderten Neubauwohnungen in den Jahren 2007 bis 2009 im Vergleich zur Einkommenssituation der Mieter von älteren Sozialwohnungen des 1. Förderwegs bei den kommunalen Wohnungsgesellschaften GEWOFAG und GWG.

„Wie stellt sich die Einkommenssituation der Mieter neuer geförderter Wohnungen der GWG und GEWOFAG im Zeitpunkt der Beantragung/des Bezugs der Wohnung dar, differenziert nach

a) Wohnungen der kommunalen Wohnungsprogramme KomPro A und B
b) Wohnungen im Rahmen der einkommensorientierten Wohnungsförderung
c) Wohnungen gemäß München Modell Miete?
d) Und wie stellt sich die Einkommenssituation der neuen Mieter frei gewordener älterer Sozialwohnungen bei GWG und GEWOFAG dar?"

nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Grundsätzlich gilt für die Buchstaben a) – d) in jeder Frage:
Zum Zeitpunkt der Antragstellung müssen die jeweils gültigen Einkommensgrenzen eingehalten werden. Die ausgestellten Wohnberechtigungsscheine gelten jeweils ein Jahr. Veränderungen während der Laufzeit der Wohnberechtigungsscheine dürfen nicht berücksichtigt werden, so dass die Einkommenssituation zum Zeitpunkt des Bezugs nicht bekannt ist. Nur die Gewährung der Zusatzförderung für Mieterinnen und Mieter einer

Wohnung der Einkommensorientierten Förderung erfolgt nach einer genauen Einkommensprüfung. Ansonsten liegen über die Einkünfte der Mieterinnen bzw. Mieter während eines bestehenden Mietverhältnisses in den Buchstaben a), c) und d) keine auswertbaren Erkenntnisse vor.

Frage 1:
Wie viele Mieter bezogen Sozialleistungen für die neue Wohnung (untergliedert a, b, c und d)?

Antwort:
a) – d): Hierüber liegen keine Erkenntnisse vor. Die Art der Einkünfte ist primär nicht vergaberelevant und wird deshalb auch nicht exakt nach dem Bezug einzelner Sozialleistungen erfasst. Darüber hinaus können sich zwischen Antragstellung, Wohnungsvergabe und Bezug der Wohnungen Veränderungen in den Einkünften ergeben, die nicht bekannt sind.

Frage 2:
Wie viele Mieter verfügten über ein Einkommen bis zur Höhe der Einkommensgrenze nach dem Bayerischen Wohnraumfördergesetz (BayWoFG) bzw. Bayerischen Wohnungsbindungsgesetz (BayWoBindG) (untergliedert nach a, b, c und d)?

Antwort:
a) Zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Regel alle.
b) Geförderte Wohnungen der Einkommensstufe 1 werden nur an Haushalte vergeben, die die Einkommensgrenze der Stufe 1 der Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB) 2008 einhalten.
c) Das ist nicht bekannt.
   Für Wohnungen im München Modell Miete darf derzeit die Basiseinkommensgrenze der WFB 2008 zum Zeitpunkt der Antragstellung um bis zu 60 % plus Kinderkomponente (5000 Euro pro Kind) überschritten werden. Die Vergabe der Wohnungen erfolgt durch die Vermieterinnen und Vermieter auf Grund einer vom Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration ausgestellten Bescheinigung für das München Modell Miete. Die genaue Höhe der Einkünfte zum Bezug der Wohnung wird nicht mehr geprüft.
d) Zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Regel alle. Genaue Daten über die Einkommenshöhe der Mieterhaushalte liegen nicht vor.

Frage 3:
Wie viele Mieter verfügten über ein Einkommen, dass bis zu 30 % über der Einkommensgrenze des BayWoFG/BayWoBindG lag (untergliedert a, b, c und d)?

Antwort:
a) Zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Regel keine.
b) Soweit es sich um die Vergabe von geförderten Wohnungen der Einkommensstufen 3 der WFB 2008 handelt, darf die Basiseinkommensgrenze der WFB 2008 bis zu 30 % überschritten werden.
c) Siehe Antwort zu Frage 2.
d) Für diese Wohnungen muss in der Regel die Einkommensgrenze des BayWoBindG eingehalten werden.

Frage 4:
Wie viele Mieter verfügten über ein Einkommen, dass zwischen 30 % und 60 % über der Einkommensgrenze des BayWoFG/BayWoBindG lag (untergliedert a, b, c und d)?

Antwort:
a) Zum Zeitpunkt der Antragstellung in der Regel keine.
b) Soweit es sich um die Vergabe von geförderten Wohnungen der Einkommensstufen 5 der WFB 2008 handelt, darf die Einkommensgrenze zwischen 30 und 60 % überschritten werden.
c) Siehe Antwort zu Frage 2.
d) Für diese Wohnungen muss in der Regel die Einkommensgrenze des BayWoBindG eingehalten werden.

Frage 5:
In welchen zeitlichen Abständen findet eine Überprüfung der Einkommenssituation der Mieter statt?

Antwort:
a) Es findet keine Einkommensprüfung statt.
b) Im Rahmen der Einkommensorientierten Förderung findet alle 2 Jahre eine Einkommensprüfung statt.
c) Es findet keine Einkommensprüfung statt.
d) Es findet keine Einkommensprüfung statt.

Frage 6:
Wird die Erhöhung der Einkommensgrenzen des BayWoBindG zum 1. Mai 2010 aus Sicht der Verwaltung für München Änderungen für die Belegung zur Folge haben?

Antwort:
Die nach vielen Jahren nun durch den Bayerischen Gesetzgeber angemessen erhöhten Einkommensgrenzen für den Bezug einer Wohnung im ersten Förderungsweg müssen bei der Erteilung der Wohnberechtigungsscheine bzw. Registrierungsbescheide beachtet werden.

Die Vergabe der Wohnungen erfolgt nach der Rangfolge der Dringlichkeit. Die Erhöhung der Einkommensgrenze bewirkt, dass den Einkommensentwicklungen der letzten Jahre nun wieder Rechnung getragen wurde und in der Folge nicht mehr nur überwiegend Transfereinkommensbezieherinnen und -bezieher sowie absolute Niedrigstverdienerinnen und -verdiener in den ersten Förderungsweg vermittelt werden können, sondern auch "untere" Einkommensbezieherinnen und -bezieher, wie beispielsweise Verkäuferinnen/Verkäufer und Erzieherinnen/Erzieher, soweit sie teils nur in mit zusätzlichen Mitteln geförderte Arbeitgeberdarlehenswohnungen vermittelt werden können.

Die Entscheidung des Gesetzgebers hat die Landeshauptstadt München mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 16.04.2008 durch Einführung der sog. Münchener Einkommensgrenze schon teilweise vorweg genommen. Die neue Einkommensgrenze des Art. 4 Abs. 1 BayWoBindG dient auch der Schaffung und Bewahrung ausgewogener Mieterstrukturen und liegt summarisch stets unter der vom Stadtrat beschlossenen Münchener Einkommensgrenze, die das Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration im Vergabeverfahren schon punktuell berücksichtigt hatte.

Großmarkthallenplanung stockt
Anfrage Stadträte Hans Podiuk, Georg Schlagbauer, Otto Seidl und Johann Stadler (CSU) vom 21.4.2010

Antwort Kommunalreferentin Gabriele Friderich:

In Ihrer Anfrage nehmen Sie Bezug auf das mit dem Grundsatz- und Standortbeschluss vom 07.10.2009 eingeleitete Sanierungsvorhaben der Markthallen München. Das Kommunalreferat wurde hiermit vom Stadtrat beauftragt, in Abstimmung mit anderen Referaten (Stadtkämmerei, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Baureferat, Referat für Stadtplanung und Bauordnung) dem Stadtrat in einer ersten Stufe eine konzeptionelle Planung (Konzeptstudie) vorzulegen, die die Grundlage für das weitere Sanierungskonzept (Entwicklungskonzept) zur strukturverträglichen Optimierung und Nachverdichtung auf dem Großmarktgelände bildet.

In Ihrer Schriftlichen Anfrage sprechen Sie die Stadtratsbefassung über die Konzeptstudie und den Sachstand hierzu an. Sie bitten in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:
Warum wird die Beschlussfassung über die Konzeptstudie zur Zukunftssicherung der Markthallen München verschleppt und der Stadtrat damit nicht befasst?

Antwort:
Die Konzeptstudie zur Zukunftssicherung der Markthallen München erforderte eine inhaltlich und zeitlich intensive Abstimmung mit den beteiligten Referaten, bevor sie dem Stadtrat vorgelegt werden kann. Die Vorlage an den Stadtrat wurde daher nicht verschleppt. Eine Behandlung ist bereits im Kommunalausschuss am 06.05.2010 und im Plenum am 19.05.2010 erfolgt.

Frage 2:
Welche Konsequenzen ergeben sich für die Markthallen München und die Händler, wenn die Entscheidung über das weitere Vorgehen immer weiter verzögert wird?

Antwort:
Die Entscheidung ist im Plenum am 19.05.2010 erfolgt. Es ergeben sich daher weder für die Händler noch für die Markthallen München Konsequenzen.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 10. Juni 2010

Personalmangel:
Wie können Kindergärtnerinnen länger im Beruf gehalten werden?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Marian Offman (CSU)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Dr. Georg Kronawitter Marian Offman

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus-Marienplatz
80331 München

ANFRAGE
10.06.10

Personalmangel:
Wie können Kindergärtnerinnen länger im Beruf gehalten werden?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, dass der forcierte Ausbau der Kindertagesstätten zu einem flächendeckenden Personalmangel im Erziehungsdienst geführt hat.
Auf Seite 6 der Vorlage Nr. 08-14 / V 03704 "Befragung der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den städtischen Kindergärten, Horten und Kooperationseinrichtungen im Oktober 2007" für den Schulausschuss am 14. April 2010 wird ausgeführt (Fettschrifthervorhebungen durch Fragesteller):

> Können Sie sich vorstellen, Ihren Beruf im aktiven Kinderdienst bis zum Renteneintritt auszuüben? Auf diese Frage antworteten 21 % der Teilnehmenden mit ja, 79 % mit nein (2005: 36 % ja, 64 % nein).
>
> *Hier wird klar, dass das Thema „Älter-werden-im-Beruf“ im Erziehungsdienst eine besondere Bedeutung hat. Perspektiven im Beruf außerhalb des Kinderdienstes werden nötig sein. Außerdem werden Modelle in der Arbeit mit der Kindergruppe erforderlich sein, die das Alter berücksichtigen. Die Verschlechterung der Antworten bei dieser Frage hat sicherlich auch mit den auslaufenden Altersteilzeitmodellen zu tun und mit der schrittweisen Einführung der „Rente mit 67“. Hier Perspektiven zu ermöglichen, bindet die Beschäftigten und vermeidet Personalnot in Zukunft. Wer hier keine Perspektive für das gesamte Berufsleben sieht, wird sich* ***spätestens bei der ungeschriebenen Altersgrenze (ca. 40 Jahre)*** *nach einem anderen Arbeitsfeld umschauen oder nach der Erziehungszeit nicht mehr zurückkehren.*
> (...)

Insbesondere die Aussage über die „ungeschriebene Altersgrenze“ von ca. 40 Jahren hat in den zuständigen Fach-Ausschüssen (KJHA und SchulA) für Erstaunen gesorgt, da es in städtischen KiTas sehr wohl Mitarbeiterinnen gibt, die in diesem Beruf die gesetzliche Altersgrenze erreichen. Den Fragestellern liegen aber auch Hinweise vor, dass auch das POR keine Kenntnisse von einer ungeschriebenen KiTa-Altersgrenze von ca. 40 Jahren hat.

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765;

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1) Auf welche belastbaren Daten stützt sich die o.a. Aussage des Schulreferats über eine ungeschriebene KiTa-Altersgrenze von ca. 40 Jahren?

2) Liefern insbesondere die städtischen Personalwirtschafts-IT-Systeme eine Aussage über die Altersverteilung des Personals im Erziehungsdienst?

3) Gibt es vergleichbare Erkenntnisse über die Altersverteilung bzw. die „ungeschriebene Altersgrenze“ - z.B. über den Deutschen Städtetag - aus anderen deutschen Städten?

4) Unterstellt, dass es tatsächlich in München im Erziehungsdienst eine ungeschriebene Altersgrenze von ca. 40 Jahren gibt: Welche gezielten Maßnahmen hat die Stadt München gesetzt, um diese Altersgrenze mittelfristig nach oben zu schieben und damit die Kita-Personalsituation zu entschärfen?

gez.
Dr. Georg Kronawitter, Stadtrat

gez.
Marian Offman, Stadtrat

Quelle:
http://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/1976343.doc